SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Tunesien: politische Entwicklung und aktuelle Lage

Veröffentlichungsversion / Published Version
Verzeichnis, Liste, Dokumentation / list

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Informationszentrum Asyl und Migration. (2011). *Tunesien: politische Entwicklung und aktuelle Lage.* (Blickpunkt). Nürnberg. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-259933

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

BLICKPUNKT

Informationszentrum Asyl und Migration

Tunesien

Politische Entwicklung
und aktuelle Lage

Februar 2011

Urheberrechtsklausel
Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Copyright reserved
Any kind of use of this edition not expressly admitted by copyright laws requires approval by the Federal Office (Bundesamt) especially as far as reproduction, adaptation, translating, microfilming, or preparing and storing in electronic retrieval systems is concerned. Reprinting of extracts of this edition as well as reproductions for internal use is allowed only upon prior approval by the Bundesamt and when citing sources.

Abstract

Rund ein Vierteljahrhundert lang hat Präsident Zine el-Abidine Ben Ali Tunesien geprägt. Seine Herrschaft galt als gefestigt. Im Januar 2011, vier Wochen nach der Selbstverbrennung eines Straßenhändlers, brach das Regime unter dem Protest der Bevölkerung gegen Armut und Repression zusammen, Ben Ali musste ins Ausland fliehen. Inzwischen ist eine Übergangsregierung im Amt, die demokratische Wahlen vorbereitet. Der vorliegende Blickpunkt enthält eine Einschätzung der aktuellen Lage in Tunesien und der Wirkung auf die Region und die EU.

Abstract

The special issue in hand „Focus on Tunisia" provides information about the current domestic political situation in Tunisia and reactions of the EU and the Arab neighbours.

Quellen

Die Quellen für das Themenheft sind vielfältig. So dienten nationale und internationale Presseartikel, Hintergrundberichte des UNHCR, Informationen des Auswärtigen Amtes, Länderberichte des US Departments of State, das CIA World Factbook, das Glossar – Tunesien des BAMF (Juni 2009) sowie verschiedene verlässliche Internetquellen als wichtige Grundlagen für die Erarbeitung des vorliegenden „Blickpunkt Tunesien".

Sources

The sources for the compilation of this special issue are manifold. National and international press articles, background reports from UNHCR, information gathered from the Ministry of Foreign Affairs, country reports compiled by the US Department of State, the CIA World Factbook, the glossary – Tunisia from BAMF (June 2009), as well as several reliable internet sources were used as an important basis for the development of this „Focus on Tunisia".

Inhalt

1. Aktuelle Situation 1

2. Politische Entwicklung 3

3. Parteien und Militär 5

4. Menschenrechte 8

5. Reaktionen der arabischen Welt 10

6. Migrationspotenzial 12

7. Migrationspolitische Einschätzung 14

8. Anhänge 16
   - Anhang 1 - Grunddaten 16
   - Anhang 2 - Staatsaufbau 18
   - Anhang 3 - Chronologie 19
   - Anhang 4 - Statistische Angaben zu Tunesiern in Deutschland sowie zu Asylverfahren 25

1. Aktuelle Situation

Seit dem Beginn der regierungskritischen Proteste in Tunesien (Grunddaten s. Anhang 1, Staatsaufbau s. Anhang 2) im Dezember 2010, die im Januar zum Sturz von Staatschef Zine el-Abidine Ben Ali führten, sind bis Mitte Februar nach Angaben aus Regierungskreisen in dem Land mindestens 234 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 500 Menschen verletzt worden (Chronologie des Umsturzes s. Anhang 3). Unter den Todesopfern befinden sich demnach acht Polizisten sowie 74 Häftlinge, die bei Aufständen und Meutereien in Gefängnissen des Landes gestorben sind.
Die Vereinten Nationen hatten zuvor eine vorläufige Zahl von 219 Toten genannt.
Die amtierende Übergangsregierung hat versprochen, Entschädigungen zu zahlen. Für Todesopfer der Proteste gegen Ben Ali würden je 20.000 Dinar an Angehörige gezahlt, umgerechnet 10.300 Euro. Verletzte sollen jeweils 3.000 Dinar erhalten.

Nach der Flucht des Präsidenten nach Saudi Arabien am 14.01.2011 wurde am 27.01.2011 (in einem zweiten Anlauf) eine Übergangsregierung unter Führung des seit 1999 amtierenden Premierministers Mohamed Ghannouchi und dem Übergangspräsidenten Fouad Mebazaa gebildet, deren Ziel es ist, den Übergang zu demokratischen Verhältnissen mit freien Wahlen zu gestalten. Im Frühsommer 2011 sollen zunächst Präsidentschaftswahlen abgehalten werden, Parlamentswahlen sollen bald darauf folgen.

Premierminister und Interimsstaatspräsident sind aus der ehemaligen Regierungspartei Konstitutioneller Demokratischer Zusammenschluss (RCD, Rassemblement Constitutionnel Démocratique) ausgetreten, nachdem die im ersten Versuch der Regierungsbildung am 17.01.2011 berufenen Mitglieder der Opposition ihre Kabinettsposten niedergelegt hatten, weil in der Regierung die wichtigsten Posten mit Mitgliedern der vormaligen Regierungspartei besetzt worden waren. Obwohl auch alle anderen RCD-Mitglieder im Kabinett ihren Austritt aus der Partei erklärten, hielten die Proteste in Tunis an, so dass Premierminister Ghannouchi am 27.01.2011 sein Kabinett umbildete.
Ghannouchi teilte zudem mit, dass er sein Amt lediglich bis zu den Neuwahlen innehaben werde und sich danach aus der Politik zurückzuziehen gedenke. Der Interimsstaatspräsident Fouad Mebazaa sprach von dem festen Willen der Regierung, mit der Vergangenheit brechen zu wollen.
Die Übergangsregierung erklärte auch, dass sie alle unter dem alten Regime verbotenen politischen Parteien und Gruppen wieder zulassen werde, sowie dass alle politischen Gefangenen amnestiert würden.

Die Regierung hat in den letzten Wochen erste Maßnahmen getroffen und die Zensur gelockert, die Todesstrafe abgeschafft und die Anti-Folter-Konvention gebilligt. Der ehemaligen Regierungspartei

des Präsidenten RCD wurden alle Aktivitäten untersagt, viele neue Parteien haben sich registrieren lassen, offiziell herrscht nun Versammlungs- und Pressefreiheit.

Am 15.02.2011 hat die Regierung den seit den Protesten im Januar geltenden Ausnahmezustand bis auf weiteres verlängert. Dagegen wurde die seit 13.01.2011 verhängte nächtliche Ausgangssperre wieder aufgehoben.

Mit Verordnung (EU) Nr. 101/2011 des Rates der EU vom 04.02.2011 (Amtsblatt der EU L 31/1) wurden die Vermögenswerte von 48 Personen aus der Familie des ehemaligen Staatspräsidenten Tunesiens Ben Ali und deren Umfeld eingefroren.

Ben Ali wird mittlerweile via Interpol mit internationalem Haftbefehl gesucht, weil er sich illegal bereichert und Geld ins Ausland geschafft haben soll. Nach (unbestätigten) Angaben eines Vertrauten der Familie soll er am 15.02.2011 einen Schlaganfall erlitten haben und seitdem in einem Krankenhaus im saudi-arabischen Dschiddah im Koma liegen. Auch zum Aufenhaltsort seiner Ehefrau liegen keine gesicherten Angaben vor.

Die Politik steht unter Druck, die Sicherheitslage ist noch nicht wirklich stabil. Unter den Unruhen hat die Wirtschaft stark gelitten, Touristen meiden das Land, und die Bevölkerung drängt weiter auf rasche Reformen. Im Januar hatte es eine Welle von Streiks und gewaltsamen Zusammenstößen gegeben. Die wichtigste Gewerkschaft Tunesiens UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) hat die Regierung aufgerufen, schnell etwas gegen die sozialen Spannungen zu unternehmen, die das Land seit Wochen belasten. Der Einfluss des alten Regimes ist zudem noch nicht ganz verschwunden, er ist im Landesinnern, wo sich einige lokale Machthaber aus der Ben-Ali-Ära halten konnten, stärker als in Tunis.

Insgesamt kam das Land in den letzten Wochen zunächst zunehmend zur Ruhe, auch wenn es in einigen Städten gelegentlich noch immer zu Demonstrationen gegen die Übergangsregierung kam. Ende Februar eskalierten jedoch die Proteste. Am Freitag dem 25.02.2011 und den beiden darauffolgenden Tagen gingen Zehntausende Menschen gegen die Interimsregierung auf die Straße und es kam teilweise zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die Demonstrierenden befürchten, dass die neue Regierung die versprochenen Reformen nicht verabschieden könnte, vielen gehen die angekündigten Reformen auch nicht weit genug. Bei den Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in der Hauptstadt Tunis gab es nach Behördenangaben mindestens fünf Tote und rund 200 Verletzte. Nach Straßenschlachten mit steinewerfenden Jugendlichen ging die Polizei auch mit Tränengas und Warnschüssen gegen die Demonstranten vor, es kam zu zahlreichen Festnahmen. Nach diesen Protesten und Straßenschlachten legte Ministerpräsident Mohamed Ghannouchi am Sonntag dem 27.02.2011 sein Amt nieder. Als Nachfolger wurde der 84-jährige Jurist Béji Caïd Essebsi benannt, der in der Zeit vor

Präsident Ben Ali schon Innen-, Verteidigungs- und Außenminister gewesen war. In den darauffolgenden Tagen reichten weitere Kabinettsmitglieder ihren Rücktritt ein, unter ihnen die lange Jahr in der Opposition aktiven Minister für regionale Entwicklung Ahmed Nejib Chebbi und Bildungsminister Ahmed Ibrahim. Es wird davon ausgegangen, dass beide bei den künftigen Präsidentschaftswahlen antreten wollen.

Viele Polizisten sind im Lauf der Proteste bereits im Januar 2011 nicht mehr zum Dienst erschienen, an den Grenzen und Häfen wurde kaum noch kontrolliert, was Tausende zur Ausreise nach Italien nutzten. Tunesien hat seine Küstenwache mittlerweile personell aufgestockt und wieder aktiviert. Bei der Sicherung der Grenzen bestehen aber nach wie vor Probleme.
Viele Menschen in Tunesien glauben trotz der Erfolge noch nicht an ein besseres Leben für sich und ihre Familien in ihrem nun demokratischen Land. Die meisten flüchteten vor Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit zunächst nach Europa, um dort Geld zu verdienen.

2. Politische Entwicklung

Von der Unabhängigkeit bis zur „Jasminrevolution“
Seit 1881 stand Tunesien unter französischem Protektorat. Am 20.03.1956 erlangte das nordafrikanische Land die Unabhängigkeit von Frankreich.
Von 1957 bis 1987 wurde Tunesien von Präsident Habib Bourguiba regiert. Am 07.11.1987 gelangte der damalige Premierminister Zine el-Abidine Ben Ali formal verfassungskonform an die Staatsspitze. Sein Vorgänger wurde abgesetzt, nachdem Ben Ali diesen amtsärztlich für senil und geisteskrank hatte erklären lassen. Am 17.11.1999 wurde Mohammed Ghannouchi zum Premierminister ernannt. Durch ein Referendum vom 26.05.2002 über eine Änderung der aus dem Jahr 1959 stammenden tunesischen Verfassung wurde die Machtbasis von Ben Ali weiter gestärkt. So wurden die Amtszeit von zuvor maximal dreimal fünf Jahre de facto zu einer Präsidentschaft auf Lebenszeit, das Höchstalter von 70 auf 75 Jahre verlängert sowie die Immunität des Staatsoberhauptes auf die Zeit nach Ende seiner Amtszeit ausgedehnt.

Die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung wurde durch die nahezu unbeschränkten Machtbefugnisse des Präsidenten tatsächlich außer Kraft gesetzt. Tunesien war zwar bis zum Sturz der Regierung nach seiner Verfassung eine parlamentarische Demokratie, doch Präsident Ben Ali vereinte als Staatsoberhaupt, Oberkommandierender der Streitkräfte und Parteichef alle Macht auf sich. Er und die frühere Einheits- bzw. spätere Regierungspartei Konstitutioneller Demokratischer Zusammenschluss (Rassemblement Constitutionnel Démocratique, RCD) dominierten alle Bereiche des politischen und öffentlichen Lebens. Ohne Parteimitgliedschaft war ein beruflicher oder gesellschaftlicher Aufstieg fast unmöglich. Es herrschten Zensur und polizeiliche Willkür. Das Regime unter Ben Ali ging mit äußerster Härte gegen Kritiker vor.

1989 und 1994 ließ sich der autoritär regierende Machthaber Ben Ali zweimal in Wahlen ohne Gegenkandidaten im Amt des Staatspräsidenten bestätigen. 1999 wurde er gegen zwei Zählkandidaten mit knapp 99,5 % für weitere fünf Jahre wiedergewählt. In den Präsidentschaftswahlen vom 24.10.2004 setzte er sich mit offiziell 94,5 % der Stimmen gegen drei Kandidaten der Opposition erneut durch. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 92 %. Bei den gleichzeitig veranstalteten Parlamentswahlen errang der RCD 152 von 189 Sitzen. Die Vorherrschaft der Regierungspartei in allen staatlichen Einrichtungen sowie im politischen Leben verhinderte einen glaubwürdigen und fairen Wahlkampf. Die Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer im August 2005 war kein Indiz für einen demokratischen Fortschritt, da ihren Mitgliedern notwendige Kompetenzen fehlten und die zugelassenen Oppositionsparteien darin nicht vertreten waren.

Am 25.10.2009 wurde Ben Ali erwartungsgemäß mit großer Mehrheit für eine fünfte Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt. Auf ihn entfielen rund 90 % der Stimmen. Auch bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen erreichte die Regierungspartei RCD einen Stimmenanteil von mehr als 80 %. Ihr fielen 161 der insgesamt 214 Parlamentssitze zu. Die Wahlbeteiligung betrug bei beiden Wahlen rund 89 %. Internationale Beobachter bezeichneten die friedlich verlaufenden Wahlen als frei und fair. Die Opposition hingegen kritisierte, es habe keine echte Wahlfreiheit gegeben. Nach der 2002 geänderten Verfassung wäre es das letzte Mandat des westlich orientierten Staatschefs gewesen, da diese eine Altersgrenze für die Kandidatur von 75 Jahren vorsah und nur fünf Amtszeiten in Folge erlaubte.
Die drei in der Bevölkerung wenig bekannten Gegenkandidaten zum amtierenden Staatschef waren chancenlos. Ben Ali hatte im Wahlkampf unter anderem angekündigt, die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen. Tatsächliches vorrangiges Ziel war jedoch bis zum Ende seiner Amtszeit Stabilität und Machterhalt für Regierung und RCD.

Aus Protest über die Schließung seines Obst- und Gemüsestands, den er ohne Genehmigung betrieben hatte, und aus Verzweiflung über die korrupte Bürokratie, zündete sich am 17.12.2010 ein 26-jähriger Hochschulabsolvent in der Provinzstadt Sidi Bouzid selbst an. Dies löste eine Wochen anhaltende soziale Revolte gegen Arbeitslosigkeit, Korruption und fehlende politische Freiheiten aus, die schließlich das ganze Land erfasste. Hauptursache für die Proteste und Unruhen war nach internationalen Beobachtern die Unzufriedenheit mit dem Regime des Präsidenten im Hinblick auf die soziale Lage.

Ministerpräsident Ben Ali setzte die Armee zum Schutz wichtiger Gebäude ein und verhängte eine Ausgangssperre. Unter dem Druck der regimekritischen Massenbewegung gab er schließlich nach und entließ am 12.01.2011 den weithin verhassten Innenminister Rafik Belhaj Kassem. Des Weiteren kündigte er in einer Fernsehansprache an, 2014 nicht mehr bei den Präsidentschaftswahlen antreten zu wollen. Am 14.01.2011 überstürzten sich die Ereignisse: Ben Ali trat zurück und ging ins

Exil nach Saudi-Arabien, der bisherige Premierminister Mohammed Ghannouchi rückte an die Staatsspitze nach. Kurz vor seinem Rücktritt hatte Ben Ali den Ausnahmezustand verhängt, die Regierung aufgelöst und vorgezogene Neuwahlen angesetzt. Bereits am 15.01.2011 wurde der bisherige Parlamentspräsident Fouad Mebazaa als neuer Übergangspräsident vereidigt. Die Umstände des Machtwechsels blieben unklar. Die Präsidentengattin Leila Trabelsi war bereits vor ihrem Mann nach Saudi-Arabien geflüchtet. Vor ihrer Abreise hatte sie angeblich 1,5 Tonnen Gold von der Zentralbank in Tunis abgeholt, die im Eigentum Tunesiens standen.

Auch nach der Flucht des Präsidenten herrschten zunächst weiterhin Chaos und Gewalt in Tunesien, inzwischen hat sich die Lage weitgehend beruhigt. Mohammed Ghannouchi stellte als Interimspremierminister eine neue Übergangsregierung zusammen und bereitet Präsidentschafts- sowie Parlamentswahlen vor, die nicht vor Juli 2011 erwartet werden, auch wenn die Verfassung Wahlen innerhalb von 45 bis 60 Tagen vorsieht.

Tunesien galt bis zum Ausbruch der Proteste als das stabilstes und sicherstes Land im Maghreb. Im Gegensatz zu Algerien haben die Islamisten wenig Einfluss auf die Gesellschaft. Kritiker beklagten jedoch die rigorose Unterdrückung jedweder Opposition und zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechte. Eine ganze Reihe von Faktoren führte zu dem Umsturz: Der Gesundheitszustand des Präsidenten, die ausgeprägten Ambitionen seiner Frau Leila Trabelsi und deren Familie, politisch und wirtschaftlich an Macht zu gewinnen, zunehmende Korruption, die Einengung oppositioneller Kräfte, die schlechte wirtschaftliche Lage, insbesondere die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Akademikern und die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich.

3. Parteien und Militär

Der tunesische Innenminister untersagte am 06.02.2011 einstweilig alle Aktivitäten der ehemaligen Regierungspartei Konstitutioneller Demokratischer Zusammenschluss (RCD). Dies galt auch für Treffen von Parteimitgliedern und beinhaltete die Schließung aller Parteibüros. Er erklärte, er werde bei der Justiz die förmliche Auflösung der Partei beantragen. Grund für die Maßnahme sei die schlechte Sicherheitslage im Lande, für die Mitglieder dieser Partei verantwortlich seien. Sie würden versuchen, die Lage zu destabilisieren.

Präsident Ben Ali und seine Partei RCD hatten das Land bisher fest im Griff und dominierten alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Mit ca. zwei Millionen Mitgliedern und mit bis in die kleinsten Gemeinden, in Betriebe und Universitäten reichenden Strukturen war der RCD Hauptträger des politischen Lebens. Ohne Parteimitgliedschaft war ein beruflicher oder gesellschaftlicher Aufstieg fast unmöglich. Auf lokaler Ebene gab es fast 6.000 staatlich gesteuerte „comités de quartier“. Dieses

System war ein wichtiges Instrument zur Überwachung der Bevölkerung und wurde vom Innenministerium koordiniert und kontrolliert.

Die RCD-Mitglieder gingen während des Umsturzes kaum zur Verteidigung ihrer Partei bzw. der Regierung auf die Straße. Die Parteiauflösung führt zur Frage, was mit dem Parlament geschehen soll (zum Staatsaufbau s. Anhang 2), in dem der RCD 161 von 214 Sitzen belegte und von der Regierung gesteuerte Satellitenparteien den größten Teil der restlichen Mandate innehatten. Die zweite Kammer, die sogenannte Rätekammer, bestand überhaupt nur aus RCD Vertretern.

Die politischen Betätigungsmöglichkeiten waren in der Vergangenheit sehr begrenzt. Politisches und gesellschaftliches Engagement, selbst von zugelassenen Nichtregierungsorganisationen und Oppositionsparteien, wurde behindert. Es gab acht zugelassene sogenannte „Oppositionsparteien“: MDS („Mouvement des Démocrates Socialistes“), PUP („Parti de l'Unité Populaire“), PDP („Parti Démocratique Progressiste“), Mouvement Ettajdid, UDU („Union Démocratique Unitaire“), PSDL („Parti social démocratique libéral“), „Parti des Verts pour le Progrès“ und FDTL („Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés“). Bis auf die „Parti des Verts“, die erst 2007 gegründet wurde, sowie die FDTL und die PDP waren alle Oppositionsparteien seit 2004 im Parlament vertreten. Bei den Wahlen im Oktober 2009 waren 25 % (zuvor 20 %) der Parlamentssitze auf Beschluss des Staatspräsidenten für die Opposition „reserviert“ worden.
Mit Ausnahme der FDTL, PDP und Ettajdid sind sämtliche Oppositionsparteien aus dem RCD hervorgegangen.
Darüber hinaus gab es eine Anzahl nicht zugelassener politischer Gruppierungen, darunter die Kommunistische Arbeiterpartei („Parti Communiste des Ouvriers Tunisiens“, PCOT) oder die Grünen („La Tunisie Verte“).

Die insgesamt wenig einflussreichen Oppositionsparteien, die über geringe Ressourcen verfügten und kaum Resonanz in der Bevölkerung hatten, wurden vom Regime nach Gutdünken, z.B. durch finanziellen oder politischen Druck, reglementiert. In den letzen Jahren kündigte Präsident Ben Ali immer wieder an, die Rolle der Oppositionsparteien zu erweitern, und forderte die Presse auf, ihre Verantwortung im Rahmen einer behaupteten Pressefreiheit stärker wahrzunehmen. Die Parteizeitungen der PDP wie auch der Ettajdid sahen sich bei der Verteilung ihre Unterlagen jedoch weiterhin den unterschiedlichsten Behinderungen bis hin zum Verbot ausgesetzt.

Die Protestbewegung in Tunesien hat bisher keine politischen Führungskräfte hervorgebracht. Hinter den Protesten stand keine strukturierte Organisation, ein Großteil der Koordinierung fand via Internet, Handy und spontan durch direkte Kontakte in den Vierteln und Straßen statt. Die Opposition war jahrelang unterdrückt worden und konnte sich bisher noch nicht stukturieren, ihr fehlt eine gute Organisation und eine breite Basis. Es wären Persönlichkeiten nötig, die die Bevölkerung repräsentieren und von ihr akzeptiert werden. Auch die islamischen Kräfte im Land

werden allgemein als schwach eingestuft. Es besteht derzeit noch ein Machtvakuum, so dass eine Stabilisierung der Verhältnisse und ein geordneter Übergang zur Demokratie derzeit noch nicht wirklich gesichert sind.

Auf den Straßen gab es Auseinandersetzungen zwischen Volksmilizen, Präsidentengarde, Armee und Polizei. Bei den Volksmilizen handelte es sich um Personen, die sich selbst organisierten, um ihre Viertel zu sichern. Dabei gingen sie relativ diszipliniert vor. Sie bildeten Koordinierungskomitees, die für die Überwachung und den Schutz der jeweiligen Viertel sorgten.

Zu den respektierten Akteuren im Machtkampf zählt die Armee. Um mehr Sicherheit zu garantieren hat der neue Verteidigungsminister Abdelkrim Zbidi inzwischen Reservisten mobilisiert.
Die tunesische Armee ist relativ klein (sie bestand 2009 aus etwa 35.500 Mann, von denen ca. 23.400 ihren Wehrdienst leisteten), von allen Sicherheitskräften wird sie jedoch vom Volk am meisten respektiert und könnte ein wichtiges Element für die künftige Stabiltät des Landes sein. Das Militär wurde zuvor von Ben Ali nicht für den Einsatz im Inneren und zur Unterstützung des Sicherheitsapparates herangezogen. Das Militär hatte während der Unruhen seine Neutralität erklärt. Daher wurde in vielen Vierteln die Armee bejubelt und als Wächterin der Revolution bezeichnet. Schließlich wurde Präsident Ben Ali vom Stabschef Rachid Ammar zum Verlassen des Landes aufgefordert. Die Armee ging gegen die anderen noch aktiven Sicherheitskräfte vor, welche die Anhänger Ben Alis unterstützten. Es gelang ihr, die Präsidialgarde und Mitglieder von Ben Alis Spezialpolizei, die immer noch Unruhe stifteten, weitgehend zu neutralisieren. Die Polizei arbeitet inzwischen soweit ersichtlich weitgehend mit dem Militär zusammen.

Der staatliche Sicherheitsapparat war zuvor allgegenwärtig. Die kompromisslose Bekämpfung des Islamismus wurde mit warnenden Hinweisen auf die Lage in den Nachbarländern und auf die Terroranschläge vom 11.09.2001 sowie vom 11.04.2002 auf der Insel Djerba gerechtfertigt und von einem großen Teil der Bevölkerung mitgetragen. Liberale Kritiker dieser Politik wurden überwacht und eingeschüchtert und in Einzelfällen unter offensichtlich fadenscheinigen Gründen drangsaliert oder vorübergehend inhaftiert.

Neben dem Militär spielt der Gewerkschaftsbund UGTT eine wichtige Rolle. Obwohl staatlich kontrolliert konnte die UGTT doch eine gewisse institutionelle Unabhängigkeit bewahren, in ihr sind Hunderttausende Tunesier organisiert. Die UGTT gilt als Kraft, die im künftigen Tunesien eine größere Rolle spielen könnte. Sie ist landesweit organisiert und gilt im Unterschied zu Ben Alis Einheitspartei RCD nicht als Symbol des verhassten Systems. Dennoch war die UGTT intern immer von zwei Richtungen geprägt. Einerseits von denen, die sich in der Opposition zum Regime sahen, und denen, die Regierung und Staat unterstützt haben. Im Lauf der Proteste schwenkte der Gewerkschaftsbund in seiner Gesamtheit schon bald auf die Linie der Protestierenden ein und hat von Anfang an die Protestbewegung mitgetragen.

Parteien haben während des Umbruchs keine entscheidende Rolle gespielt. Die Proteste gingen von Teilen des Volkes aus, die über ein impovisiertes Netzwerk unter Nutzung des Internets und über SMS Nachrichten Kontakt hielten. So stellte beispielsweise die Partei Ettajdid, eine der wenigen von Ben Ali geduldeten Oppositionsparteien, zwar Räumlichkeiten für Treffen zur Verfügung, nahm selbst aber kaum Einfluss auf die Ereignisse.

Verboten war bisher die jetzt wieder zugelassene islamistische Bewegung „En-Nahda" („Wiedergeburt"), auch La Renaissance, gegründet als Mouvement de la Tendance Islamique (MTI) 1981. Die islamische Partei gilt als der tunesische Zweig der aus Ägypten stammenden Muslimbruderschaft, tritt aber weniger fundamentalistisch auf.
Die Wiederzulassung der En-Nahda als politische Partei war 1989 mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Verwirklichung des Islams nach dem Programm der Partei nicht vereinbar sei mit der konstitutionellen tunesischen Staatsform, die zwar mit vom Islam geprägt, aber säkular ausgerichtetet war. Anfang der 1990er Jahre führte Uneinigkeit bezüglich der Frage der Legitimität von Gewalt zur Spaltung der Bewegung. Einige ihrer wichtigsten Führer, darunter Scheich Rachid Ghannouchi, gingen ins Exil. Alle Formen der Unterstützung, einschließlich Spenden zu sammeln oder Flugblätter zu verteilen, wurden bisher in Tunesien als „Unterstützung einer verbotenen Organisation" strafrechtlich geahndet.

Am 30.01.2011 kehrte Raschid Ghannouchi als Anführer der En-Nahda nach zwei Jahrzehnten im Londoner Exil nach Tunis zurück und wurde von Tausenden seiner Anhänger begeistert in Empfang genommen. Ghannouchi, der 1941 in Tunis als Sohn eines Imams geboren wurde, hat sich immer wieder für Demokratie, Gewaltenteilung und Pluralismus ausgesprochen. Seine Organisation sieht sich nach eigenen Angaben in einer Linie mit der gemässigt islamischen türkischen AKP. Bislang ist noch unklar, wie hoch die Zustimmung für die Partei sein wird. Ghannouchi (der mit Interimsministerpräsident Mohamed Ghannouchi nicht verwandt ist) erklärte, er sei offen für Koalitionen, wolle jedoch nicht für die Präsidentschaft kandidieren. Kritiker argwöhnen, dass sich die Bewegung moderater gibt, als sie in Wirklichkeit ist. Derzeit haben Islamisten in Tunesien kein politisches Gewicht.

4. Menschenrechte

Die tunesische Verfassung garantiert nach ihrem Wortlaut die Menschenrechte und eine unabhängige Justiz. In der Regierungszeit des am 14.02.2011 gestürzten Präsidenten Ben Ali gab es in diesem Bereich jedoch erhebliche Defizite. Die Übergangsregierung will Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit in Zukunft gewährleisten sowie die Versammlungsfreiheit wiederherstellen. Eine Amnestie für politische Gefangene wurde verkündet und eine Hohe Kommisssion zur

Erarbeitung politischer Reformen eingesetzt. Hinzu kommen zwei weitere Kommissionen zur Untersuchung von Korruption und der Ereignisse in der Phase des Volksaufstandes.

Laut dem Minister für die Entwicklung der Regionen, Najib Chebbi, sind am 19.01.2011 alle politischen Gefangenen aus der Haft entlassen worden. Auch von der islamistischen Bewegung „En-Nahda“ befinde sich niemand mehr in Haft.

Die Verfassung und weitere Gesetze hatten auch unter Ben Ali formell die Menschenrechte und eine unabhängige Justiz garantieren sollen. Die Justiz war der Verfassung nach unabhängig, unterlag aber tatsächlich erheblichem politischem Druck und ständiger Kontrolle. Richterinnen und Richter wurden von einem Ausschuss berufen, dem der Staatspräsident vorsaß. Als Grundlage für die Rechtsprechung dienten islamische Prinzipien der Scharia. De facto orientierte sich diese jedoch am französischen Zivilrecht. Die Todesstrafe galt für Mord, Vergewaltigung mit Todesfolge und Landesverrat und wurde bis zu ihrer Abschaffung durch die Interimsregierung im Februar 2011 weiterhin verhängt; zu einer Vollstreckung kam es aber zuletzt 1992.
Hinsichtlich der Menschenrechte gab es in der Praxis deutliche Defizite, insbesondere waren Presse-, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit tatsächlich nicht gewährleistet.
Das Gesetz verbot Folter, dennoch waren während des Polizeigewahrsams und bei Verhören körperliche Misshandlungen nicht ausgeschlossen, wenn sich die Polizei Geständnisse oder Erkenntnisse versprach bzw. Widerstand brechen wollte. Auch krimineller Straftaten Verdächtige mussten mit Misshandlungen rechnen. In Gefängnissen und bei Polizeiverhören kam es neben Schlaf- und Essensentzug zu körperlichen Übergriffen, weibliche Verdächtige wurden zur Erwirkung eines Geständnisses mitunter sexuell belästigt oder mit Vergewaltigung bedroht.

Über systematische geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen liegen keine repräsentativen Erkenntnisse vor. Frauen sind seit der Zeit von Bourguiba, spätestens seit den 60er Jahren Männern weitgehend gleichgestellt. Die Vielehe ist abgeschafft und die Einreichung der Scheidung durch Frauen ist möglich. Unterhaltsansprüche konnten bereits bisher gerichtlich geltend gemacht werden. Dies gilt auch für das Sorgerecht, mit der Einschränkung, dass minderjährige tunesische Kinder das Land nur mit ausdrücklicher Zustimmung ihres Vaters verlassen können. Die Stimme einer Frau als Zeugin in einem Gerichtsverfahren hat dasselbe Gewicht wie die eines Mannes. Im Erbrecht gelten noch die Bestimmungen der Scharia, wonach der Mann zu zwei Teilen und die Frau zu einem Teil erbt. Überleben Kinder und Eltern den Verstorbenen, erbt die Witwe lediglich 1/8. Nichtmuslimische Frauen können nur mit Zustimmung der muslimischen Familie des Verstorbenen erben. Diese Regelung kann durch vertragliche Übereinkunft der Ehepartner umgangen werden. Vergewaltigung wird grundsätzlich schwer bestraft. Häusliche Gewalt gegen Frauen gerade in ländlichen Gebieten war bisher keine Seltenheit.

Eine rassisch diskriminierende Gesetzgebung oder Verwaltungspraxis gab es bisher es in Tunesien nicht. Minderheiten (Berber) unterlagen keinen besonderen Beschränkungen.

Tunesien ist ein mehrheitlich muslimisch (hauptsächlich sunnitisch) geprägtes Land. Der Anteil der christlichen und jüdischen Minderheit wird auf unter 1 % der Bevölkerung geschätzt. Nach der tunesischen Verfassung ist die Religionsfreiheit garantiert, ihr Art. 1 erklärt den Islam zur Staatsreligion.
Der Einfluss islamistischer Strukturen ist relativ gering. So konnte bisher auch der staatlich institutionalisierte Islam über die Befolgung der grundlegenden muslimischen Riten hinaus keine Wirkung entfalten. Außerhalb der Gebetszeiten waren die Moscheen geschlossen, Predigten wurden überwacht.

Die etwa 15.000 Personen umfassende katholische Gemeinde besteht überwiegend aus Ausländerinnen und Ausländern. Ihre Aktivitäten standen unter genauer Überwachung. Versammlungen und Gottesdienste wurden beobachtet, Autokennzeichen notiert, die wenigen Christen von staatlichen Organen eingeschüchtert. Missionstätigkeit ist allen christlichen Kirchen verboten.

In Tunesien lebt eine kleine jüdische Minderheit von ca. 1.500 Personen, die sich im Lauf der Jahrhunderte u. a. auf der Insel Djerba angesiedelt hat. Die Regierung unterwarf die jüdische Gemeinde nicht der gleichen Beobachtung wie die christliche. Öffentlich wurde betont, dass sich der Staatspräsident persönlich um die Wiederansiedlung jüdischer Tunesier und die Renovierung einzelner Synagogen kümmere, der Rabbi erhielt ein staatliches Gehalt.

5. Reaktionen der arabischen Welt

Der Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali war etwas Neues in der Geschichte der arabischen Welt. Die Revolte in Tunesien könnte der Beginn für einen Wandel sein. Alle Länder Nordafrikas leiden unter ähnlichen Problemen wie Tunesien. Die Menschen werden von alternden Machthabern autokratisch regiert und leben in ärmlichen Verhältnissen. Die Bevölkerung wächst schneller als die Wirtschaft sich entwickelt, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, die Korruption weit verbreitet, die Lebensmittelpreise steigen und islamistische Fundamentalisten warten auf ihre Chance, sich etwaige Volksaufstände zunutze zu machen. Es herrschen oft Vetternwirtschaft und Bestechlichkeit, die Opposition wird unterdrückt, Menschenrechte werden missachtet und es gibt kaum freie und faire Wahlen.

Der gewaltsame Umsturz in Tunesien hatte Einfluss auf die Machthaber von Mauretanien bis in den Jemen. In Ägypten musste 18 Tage nach Beginn der Massendemonstrationen Präsident Hosni Mubarak, der das Land 30 Jahren regiert hatte, am 11.02.2011 zurücktreten. Im Jemen, in Jorda-

nien, Algerien, Libyen, Bahrain kam es bereits zu Demonstrationen und teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen.

In Tunesiens unmittelbarem Nachbarland Algerien kam es fast gleichzeitig zu Unruhen. Im Unterschied zu Tunesien, dessen Haupteinnahmequelle der Tourismus darstellt, lebt Algerien überwiegend vom Verkauf der reichen Erdöl- und Gasvorkommen. Doch der Erlös kommt nicht dem Volk, sondern nur einer kleinen Elite zugute. Wie in Tunesien herrscht in Algerien eine hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter der Jugend. Noch immer leidet das Land an den Auswirkungen des Bürgerkriegs in den 90er Jahren. Nach wie vor kommt es zu Terroranschlägen, zumeist begangen von dem nordafrikanischen Ableger der al-Qaida. Der algerische Staatspräsident verkündete inzwischen die Aufhebung des Ausnahmezustandes, er warnte aber die Opposition, sich maßvoll zu verhalten, um zu vermeiden, in Anarchie zu versinken, einem Zustand, den man in Algerien bereits kennengelernt und teuer bezahlt habe. Seit die Regierung Gesprächsbereitschaft signalisiert hat, hat sich die Lage etwas entspannt.

In Marokko ist die politische Lage zwar stabiler als in Tunesien und Algerien. Doch es gibt Einschränkungen bei den Bürgerrechten und insbesondere im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus wird regelmäßig gegen Menschenrechte verstoßen. Außerdem herrscht große Armut in der Bevölkerung. Problematisch ist zudem der Kampf um die teilweise von der marokkanischen Regierung, teils von der Freiheitsbewegung Frente Polisario kontrollierte Westsahara.

Libyens Staatschef el-Ghaddafi, der den Umsturz in Tunesien scharf verurteilte, gründet seine jahrzehntelange Macht auf eine rigide Unterdrückungspolitik. Zur Beruhigung des Volkszorns führte der Machthaber zunächst Sonderrabatte für Lebensmittel ein und drohte schließlich, mit Gewalt auf Demonstrationen zu reagieren. Bei weiterhin anhaltenden Protesten und Auseinandersetzungen mit den Sicherheitkräften kam es zu weiteren Eskalationen mit sehr vielen Toten und Verletzten.

In Jordanien entließ König Abdullah II am 01.02.2011 den bisherigen Ministerpräsidenten Samir Rifai und ersetzte ihn durch Marouf Bakhit, mit den Auftrag eine neue Regierung zu bilden. Am 09.02.2011 vereidigte der König das 27-köpfige Kabinett des neuen Ministerpräsidenten Bakhit, dem fünf Minister der ehemaligen Regierung angehören sowie ein früheres Mitglied der oppositionellen Muslimbruderschaft, die es ablehnte, dem neuen Kabinett beizutreten. Zudem legte die Regierung zwei Notfallpakete in Höhe von 425 Millionen Dollar mit Subventionen für Brot und Benzin auf. Die Gehälter von Soldaten und Beamten wurden erhöht. Die Demonstrationen in Jordanien sind insoweit nicht mit denen in Tuneseien und Ägypten vergleichbar, als die Demonstranten sich für demokratische Reformen einsetzen und kein Interesse am Sturz von König Abdullah II haben.

Syrien griff zu ähnlichen Maßnahmen wie der Nachbar Jordanien, um sozialen Sprengstoff zu entschärfen. Damaskus beschloss Subventionen für seine 20-Millionen-Bevölkerung, von der trotz bescheidenem Wirtschaftswachstum jeder Vierte unter der Armutsgrenze lebt. Polizei, Armee und Geheimdienste halten für Präsident Assad die Lage repressiv unter Kontrolle.

Auch in anderen Staaten wie Jemen und Bahrain sowie Iran kam es zu Protesten und gewalttätigen Auseinandersetzungen, die im Zusammenhang mit dem Umsturz in Tunesien und Ägypten stehen, jedoch auf die jeweilige spezielle Situation im Lande zückzuführen sind.

Die arabischen Golfstaaten haben, mit Ausnahme Bahrains, genug Einkünfte aus Öl und Gas, um das Leben ihrer Staatsbürger so komfortabel zu gestalten, dass ernsthafte Proteste von Kuwait über Katar bis zu den Emiraten nicht zu erwarten sind. Die Arbeitskräfte, die in den Scheichtümern oft unter erbärmlichen Bedingungen tätig sind, kommen aus Südostasien und bleiben ohne Stimme.

6. Migrationspotenzial

Der politische Umsturz in Tunesien hat einen Ansturm Tausender Flüchtlinge aus Tunesien in Italien ausgelöst. Bis zum 14.02.2011 kamen über 5.000 tunesische Migranten auf der italienischen Insel Lampedusa an, die nur etwa 150 km von der afrikanischen Küste entfernt ist. Die Insel war dem plötzlichen Flüchtlingsansturm nicht gewachsen, so dass die Flüchtlinge zum Teil bei winterlichen Verhältnissen im Freien kampieren mussten. Die Regierung in Rom rief nach einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrates am 12.02.2011 den „humanitären Notstand“ auf der Insel aus. Guiseppe Caruso, Präfekt von Palermo, wurde zum Sonderbeauftragten ernannt. Nach einiger Zeit wurde die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers auf Lampedusa angeordnet. Außerdem wurden Flüchtlinge per Luftbrücke und auf Fähren nach Sizilien und auf das italienische Festland verbracht. Nach einem kurzen Rückgang des Flüchtlingsstroms wegen schlechter Wetterbedingungen kam es zu weiteren Anlandungen in weit geringerem Ausmaß. So kamen bis zum 24.02.2011 insgesamt ca. 6.300 Personen in Italien an. Nach offiziellen italienischen Angaben waren davon 6.200 tunesische Staatsangehörige (hauptsächlich junge Männer), von denen nur wenige Asyl beantragten.

Ermöglicht wurde diese Migrationswelle durch die vorübergehende Desorganisation der tunesischen Polizeibehörden und der Küstenwache, die im Zusammenhang mit dem Sturz des alten Regimes zur illegalen Ausreise genutzt wurde. Ein Angebot Italiens, eigene Polizei in Tunesien zu stationieren, wurde abgelehnt. Tunesiens Außenminister erklärte aber gleichzeitig die Bereitschaft, mit anderen Regierungen zur Unterbindung illegaler Migration zu kooperieren.
Ein Sprecher des UNHCR in Italien erklärte zu den Ausreisegründen, dass die Menschen wegen Arbeitslosigkeit und Armut Tunesien verlassen würden. Einige hätten Asylanträge gestellt, andere würden abwarten, wie es in Tunesien weitergeht.

In Italien wird befürchtet, dass auch Flüchtlinge aus anderen nord- und westafrikanischen Staaten versuchen würden, über Tunesien nach Europa zu gelangen. Die italienische Regierung befürchtet insbesondere eine größere Flüchtlingswelle aus Libyen, sollte die Lage dort weiter eskalieren. Bisher liegen hierzu noch keine Erkenntnisse vor. Die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström sagte Ende Februar 2011 nach dem Treffen mit ihren Kollegen aus der Union in Brüssel, dass es im Moment sehr unsicher sei, ob sich ein derartiges Szenario bewahrheite, und mahnte zur Ruhe.
Italien will Anfang März 2011 eine humanitäre Mission nach Tunesien entsenden, um dort Flüchtlinge aus Libyen zu unterstützen.

Die Regierung unter Ben Ali hatte bereits 1999 mit Italien ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen. Dieses beinhaltete gemeinsame Patrouilleneinsätze vor der tunesischen Küste sowie eine verbindliche Rückübernahme illegal nach Italien eingereister tunesischer Staatsbürger. Infolgedessen kam es in den letzten zehn Jahren zu keinen nennenswerten Migrationsbewegungen von Tunesien nach Süditalien.

Die EU ist sich des außergewöhnlichen Druckes auf Italien bewusst und versucht zu helfen. Inzwischen nahm die europäische Grenzschutzagentur Frontex ihre Arbeit auf Lampedusa auf. Am 20.02.2011 trafen erste Mitarbeiter ein, Flugzeuge und Patrouillenboote unterstützen inzwischen die italienische und maltesische Küstenwache bei der Kontrolle der Gewässer zwischen Lampedusa und Nordafrika. Experten kümmern sich unter anderem um die Identifizierung der Flüchtlinge und auch um deren Rückführung in ihre Heimatländer.

Eine Weiterleitung von Flüchtlingsströmen in andere EU-Staaten ist derzeit nicht möglich. Das sogenannte Dublin-II-Abkommen, mit dem sich die EU auf gemeinsame Asylregeln verständigt hat, legt fest, dass jeder Flüchtling seinen Asylantrag in jenem EU-Land stellen muss, in dem er ankommt. Die Asylbewerber müssen zudem bis zur Prüfung ihrer Anträge in dem Land bleiben, in dem sie europäischen Boden betreten haben.

Der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte, er wünsche sich, dass die Tunesier in ihrem Land blieben, um den Übergang zu einer Demokratie mitzugestalten. Er plädierte für eine europäische Lösung des Problems. Einen deutschen Alleingang lehnte er ab. „Jede Form eines deutsches Sonderwegs ist zum Scheitern verurteilt“, sagte er.

Deutschland lehnt bisher eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Tunesien ab, ebenso Forderungen dahingehend, die aus Tunesien nach Italien geflüchteten Menschen auf die EU-Mitgliedsstaaten aufzuteilen. „Wir sind gegen einen Aufteilungsmechanismus“, sagte der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Ole Schröder am 15.02.2011 in Berlin. Er wies darauf hin, dass nicht nur die südlichen EU-Mitglieder von den Flüchtlingsströmen betroffen sind. Belgien bei-

spielsweise habe im vergangenen Jahr drei Mal mehr Asylbewerber aufgenommen als Italien und zehn Mal mehr als Spanien. Selbst Schweden komme auf das Fünffache der italienischen Asylaufnahme. In Zahlen ausgedrückt habe Deutschland über 40.000 Asylbewerber aufgenommen, Frankreich ca. 47.000 und Schweden 30.000, Italien nicht einmal 7.000.

7. Migrationspolitische Einschätzung

Die Zahl tunesischer Asylbewerber ist in Deutschland bislang sehr gering. Im Januar 2011 stellten bei den deutschen Behörden lediglich 14 und im Februar 2011 17 tunesische Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl (zu Aufhältigen und Asylstatistik vgl. Anhang 4). Im gesamten vergangenen Jahr waren es 94 Anträge (Januar 2010: 11 Erstanträge; Gesamtjahr 2009: 116). Der größte Teil der Asylbewerber aus dem nordafrikanischen Land wurde in den vergangenen Jahren abgelehnt. Insgesamt wurden im Januar in Deutschland 3.748 und im Februar 3.290 Asylanträge gestellt. Asylentscheidungen zu Tunesien sind beim BAMF seit dem 17.01.2011 bis auf weiteres zurückgestellt. Aufgrund der Entwicklungen in Tunesien und den Nachbarländern wird mit einem Anstieg der Asylbewerberzahlen gerechnet.

Die tunesische Gesellschaft ist geprägt von einer breiten Mittelschicht. Tunesiens Bevölkerung hat mit umgerechnet rund 3.794 US-Dollar (2009) das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Nordafrika nach Libyen (vgl. Grunddaten Anhang 1). Im Jahr 2010 betrug das Durchschnittsalter 29,7 Jahre, das Bevölkerungswachstum lag bei ca. 1,0 Prozent. Die Schulausbildung ist gut, der Alphabetisierungsgrad hoch. Obwohl das Land zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Staaten Afrikas zählt, ist die Arbeitslosigkeit hoch. Sie lag nach offiziellen Angaben zuletzt bei rund 14 %. Von den jungen Akademikern sind in einigen Regionen über 40 % ohne Beschäftigung. Einer im März 2008 veröffentlichten Studie der Weltbank zufolge hat sich die Zahl arbeitsloser Studienabgänger in Tunesien in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. In diesem Bereich besteht ein erhebliches Migrationspotenzial.

In Tunesien selbst lebten bisher nur wenige ausländische Flüchtlinge, um die sich der United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) und der Tunesische Rote Halbmond kümmerten. Grundsätzlich zeigte sich die alte Regierung gegenüber dem UNHCR und anderen humanitären Hilfsorganisationen kooperativ. Tunesien war bereits der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten. Ein staatliches Asylverfahren, das Flüchtlinge oder Asylsuchende vor der Auslieferung in ein Land, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht sind, bewahren könnte, gibt es jedoch nicht.
Inzwischen hat sich die Situation in Tunesien durch den Zustrom von Flüchtenden vor den Kämpfen in Libyen verschärft. An der Grenze zu Libyen steigt die Anzahl der Flüchtlinge in einem Umfang, dass die Situation dort nach Angaben der Sprecherin des UN-Flüchtlingswerkes UNHCR, Melissa Fleming, inzwischen "den Krisenpunkt erreicht" habe. So seien allein am 28.02.2011 ca.

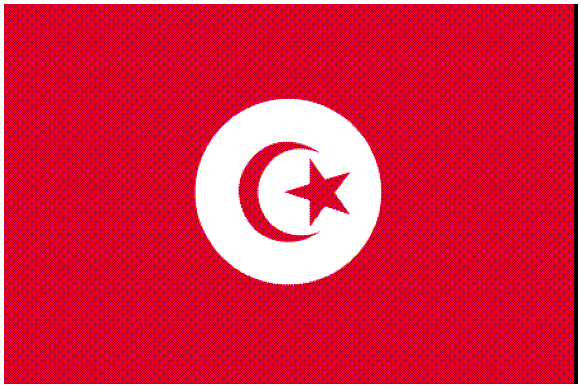
14.000 Menschen von Libyen über die Grenze nach Tunesien geflohen, die bisher höchste Zahl an einem einzigen Tag. Sie erklärte, dass seit dem 20.02.2011 etwa 70.000 bis 75.000 Menschen nach Tunesien geflüchtet seien. Viele Flüchtlinge sind Ägypter, die auf dem Landweg Libyen verließen, da es keine Aussichten auf Flüge gab, deren vorrangiges Ziel jedoch eine Heimkehr sein dürfte. Der UNHCR hat die internationale Staatengemeinschaft eindringlich zu Hilfsmaßnahmen aufgerufen.

Die Umwälzungen in Tunesien haben die dortigen Sicherheitsorgane überfordert und die Grenzsicherheit vorübergehend aufgehoben. Die weitere Entwicklung im Land und der politische Umgang mit dem Auswanderungsdruck in Richtung Europa ist noch unklar. Für die Bevölkerung kann sich die Lage in ihrer Heimat nur langsam verbessern, wenn Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit überhaupt greifen. Die wirtschaftlichen Probleme sind ebenfalls nicht schnell zu lösen, was voraussichtlich zumindest vorübergehend den Auswanderungsdruck erheblich erhöhen wird. Aufgrund der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit und dem durch die Umwälzungen verursachten wirtschaftlichen Einbruch besteht ein beachtliches Migrationspotenzial von (bis zu mehreren hunderttausend) jungen männlichen, vergleichsweise gut ausgebildeten Tunesiern. Zudem halten sich in den nordafrikanischen Staaten zahlreiche gestrandete Migranten aus Afrika (Subsahara) zur Weiterwanderung auf, hinzu kommt eine zunehmende Zahl von Flüchtlingen aus Libyen. Bei lückenhafter Überwachung der (See-) Grenzen sind größere Wanderungsbewegungen in Richtung Europa nicht auszuschließen, die sich auch auf die Flüchtlingszahlen in Deutschland auswirken werden. Die EU verfügt mit Frontex und finanziellen Hilfen über Mittel, die Migration nach Europa zu begrenzen.
So können eine temporäre Arbeitsmigration neben wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen sowie Zollabkommen Möglichkeiten darstellen, den Druck zu senken und die Migrationsbewegung zu steuern.

8. Anhänge

Anhang 1 - Grunddaten

Geografie und Bevölkerung



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Tunisia

Tunesische Republik (Al-Jumhuriya at-Tunisiya – République Tunisienne)

Bevölkerung: Ca. 10,58 Mio. Einwohner (mehr als eine Million Tunesier sollen sich im Ausland aufhalten, darunter ca. 846.800 in Europa, die meisten von ihnen in Frankreich); die Bevölkerungsdichte beträgt rund 63 Einwohner pro km²; das Bevölkerungswachstum liegt bei rund 1 % pro Jahr; der Anteil der städtischen Bevölkerung liegt bei über 67 %
Altersstruktur:
0-14 Jahre: 22,7 % (männlich 1.227.238 / weiblich 1.149.796)
15-64 Jahre: 70,1 % (männlich 3.701.661 / weiblich 3.652.322)
65 Jahre and mehr: 7,2 % (männlich 352.003 / weiblich 403.319)
Durchschnittsalter: insgesamt 29,7 Jahre, männlich 29,1 Jahre, weiblich 30,3 Jahre
Hauptstadt: Tunis (ca. 2 Mio. Einwohner)
Fläche: 164.150 km², Nord-Südausdehnung ca. 900 km, Ost-Westausdehnung bis zu 300 km
Ethnien: 98,0 % Araber und arabisierte Berber; 1,2% Berber; Minderheiten von Franzosen, Italienern und Maltesern
Religionen: Islam (Staatsreligion), meist Sunniten; kleine jüdische und christliche Gemeinden
Staatsform: Präsidialrepublik, seit 20. März 1956 von Frankreich unabhängig
Parlament: Zweikammerparlament: Nationalversammlung (Chambre des Députés) und Ratskammer (Chambre des Conseillers)
Verwaltung: 24 Gouvernements
Sprachen: Arabisch (Amtssprache), daneben Verkehrssprache Französisch

Wirtschaftliche Bedingungen
Tunesien hat in Afrika und im Maghreb als Schwellenland eine wirtschaftliche Spitzenposition inne. Durch die Assoziation mit der EU will Tunesien in den Kreis der Industrieländer aufsteigen. Frankreich ist Tunesiens wichtigster Wirtschaftspartner und eng mit seiner ehemaligen Kolonie verbunden. Deutschland ist der drittgrößte Handelspartner Tunesiens. Etwa 40 % der tunesischen Importe aus Deutschland und 80 % der tunesischen Exporte nach Deutschland sind auf Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Tunesien sowie tunesische Lohnveredelungsbetriebe zurückzuführen.

2009 betrug das Jahresbruttoinlandsprodukt 39,77 Mrd. US-Dollar. Tunesiens Bevölkerung hat mit umgerechnet rund 3.794 US-Dollar (2009) das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Nordafrika nach Libyen. Der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, konnte von 13 % (1980) auf 3,8 % (2009) gesenkt werden. Die Lebenserwartung stieg von 66 Jahren 1987 auf 74 Jahre (2009) an. Die Senkung der wachsenden Jugend- und Jungakademikerarbeitslosigkeit ist vordringlich (nach offiziellen Angaben lag die Arbeitslosenrate 2009 bei 14,7 Prozent).

Anhang 2 - Staatsaufbau

Staatsform

Tunesien ist eine Präsidialrepublik. Art. 1 der Verfassung (vom 01.06.1959 wurde am 12.07.1988, am 29.06.1999, am 01.06.2002, am 13.05.2003 und am 28.07.2008 geändert) beschreibt das Land als freien, unabhängigen und souveränen Staat, dessen Religion der Islam, dessen Sprache das Arabische und dessen Regierungsform die Republik ist. Tunesien ist ein zentralistischer Staat mit 24 Gouvernements.

Nachdem der Präsident Ben Ali nach schweren Unruhen und Protesten Tunesien verlassen hat, amtierte ab dem 14.01.2011 eine Interimsregierung mit Premierminister Mohamed Ghannouchi und Übergangspräsidenten Fouad Mebazaa, dem bisherigen Präsidenten der Abgeordnetenkammer.

Am 27.02.2011 trat Ghannouchi nach anhaltenden Protesten gegen die Übergangsregierung zurück, zu seinem Nachfolger wurde Béji Caïd Essebsi ernannt.

Verfassungsorgane

Der Staatspräsident ist nach derzeitiger Verfassung Staatschef, Regierungschef und Oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Er ernennt und entlässt den Premierminister und auf dessen Vorschlag die übrigen Regierungsmitglieder. Das präsidiale System, das mit der ersten Verfassung der Republik Tunesien vom 01.06.1959 etabliert wurde, ist - essenziell unverändert durch die folgenden Verfassungen bzw. Verfassungsmodifikationen - auf einen präponderanten, zentralistisch regierenden Staatspräsidenten zugeschnitten und schränkt die Machtfülle des Präsidenten nicht ein.

Die Legislative bilden zwei Parlamentskammern: die 214 Sitze starke Nationalversammlung "Chambre des Députés" - direkt gewählt (alle 5 Jahre, letztmalig am 25.10.2009) und die 126 Sitze starke Ratskammer "Chambre des Conseillers" - indirekt gewählt bzw. vom Staatspräsidenten ernannt und aufgrund der Verfassungsreform von 2002 im Juli 2005 zum ersten Mal konstituiert. Von den 126 Mitgliedern der Ratskammer werden 85 indirekt (43 als Regionalvertreter, 42 als Vertreter der Berufsverbände) gewählt (für jeweils sechs Jahre) und 41 vom Präsidenten ernannt (alle drei Jahre zur Hälfte erneuert). Das Gremium hat lediglich beratende Funktionen und kann nicht auf die Gesetzgebung einwirken. Die zugelassenen Oppositionsparteien sind darin nicht vertreten.

Die Gesetzesinitiative obliegt der Chambre des Députés und dem Präsidenten.

Gewaltenteilung

Die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung war bisher durch die nahezu unbeschränkten Machtbefugnisse des Präsidenten weitgehend außer Kraft gesetzt.

Anhang 3 - Chronologie

Der Sturz der tunesischen Regierung hat sich wie folgt entwickelt:

17.12.2010
Der 26-jährige arbeitslose Hochschulabsolvent Mohammed Bouazizi, ein Gemüse- und Obsthändler ohne Lizenz, übergießt sich vor der Präfektur in der Provinzhauptstadt Sidi Bouzid mit Benzin und zündet sich an, um gegen die Beschlagnahmung seiner Ware und Misshandlungen durch die Polizei zu protestieren. In den darauffolgenden Tagen kommt es zu Unruhen. Sicherheitskräfte riegeln die Provinzhauptstadt ab.

18.12.2010
Es kommt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Einwohnern der Stadt Sidi Bouzid. Die Protestierer, deren Demonstration friedlich begann, versuchen, den Sitz der Provinzregierung zu stürmen. Die Polizei setzt Tränengas ein. Daraufhin werfen die Demonstranten Steine gegen das Gebäude und Polizeiautos, wobei einige Polizisten verletzt werden. Bei den Auseinandersetzungen stirbt ein 18-Jähriger.

22.12.2010
Ein arbeitsloser junger Mann in Sidi Bouzid erklimmt einen Hochspannungsmast und tötet sich mit einem Griff an die Stromleitung mit dem Ausruf: „Nein zu Armut, nein zu Arbeitslosigkeit!“ selbst.

24.12.2010
Aufständische in Menzel Bouzaiene setzen Polizeiautos, die Lokomotive einer Eisenbahn, das örtliche Büro der Regierungspartei sowie eine Polizeistation in Brand. Nachdem sie mit Molotow-Cocktails angegriffen werden, schießen die Sicherheitskräfte zurück und töten dabei einen Teenager, der sich unter den Protestierenden befand.

25.12.10
Die Proteste und Unruhen erreichen die Hauptstadt. Die Einsatzkräfte gehen mit Gewalt gegen die Demonstranten vor.

28.12.2010
Hunderte Personen demonstrieren für Arbeitsplätze und gegen Korruption. Präsident Ben Ali verurteilt die gewaltsamen Ausschreitungen gegen Arbeitslosigkeit als „inakzeptabel“ und kündigt Strafen gegen die Randalierer an.

29.12.2010
Staatschef Ben Ali verkündet eine partielle Regierungsumbildung. Dabei wird unter anderem der Kommunikationsminister Oussama Romdhani durch den früheren Jugend- und Sportminister Samir Laabidi abgelöst.

03.01.2011
Der Präsident setzt die Gouverneure (Provinzverwalter) von Sidi Bouzid ab. Trotz der Ankündigung der Regierung, ein Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aufzulegen, dauern die Proteste in Sidi Bouzid an. Außerdem kommt es in den Provinzen Grombalia, Sousse, Monastir, Mahdia, Gafsa und Jendouba zu Unruhen.

04.01.2011
Mohammed Bouazizi, der mit seinem Versuch, sich selbst zu verbrennen, die soziale Revolte in Tunesien ausgelöst hatte, erliegt seinen Verletzungen.

06.01.2011
Proteste und Unruhen, die die Unzufriedenheit mit dem Regime von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali ausdrücken, überziehen das ganze Land. Tausende Rechtsanwälte folgen einem Aufruf zum Streik und fordern ein Ende der Gewalt, mit der die Sicherheitskräfte auf die Demonstranten reagieren. Zahlreiche Studenten und Arbeitslose gehen auf die Straße. Der seit mehr als 23 Jahren autokratisch regierende Präsident Ben Ali sieht sich der schwersten politischen Krise seiner Amtszeit ausgesetzt.

08./09.01.2011
Die gewaltsamen Proteste gegen soziale Missstände breiten sich immer weiter aus. Bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrationsteilnehmern in Kasserine, Tala und Regueb sterben mindestens 20 Menschen. Mindestens vier Menschen, unter ihnen zwei 17-jährige und ein arbeitsloser Hochschulabgänger, setzen sich aus Protest öffentlich selbst in Flammen. Zwei von ihnen sterben an ihren Brandverletzungen. Die Gesamtzahl der Toten bei den Unruhen erhöht sich damit auf über 30. Andere Quellen gehen von über 50 Toten seit Beginn der Revolten aus. Die meisten Opfer sollen von Polizisten erschossen worden sein. Mit den Todesfällen erreichen die Proteste einen vorläufigen Höhepunkt. Erstmals wird die Armee eingesetzt, um die Unruhen einzudämmen.
Die Opposition fordert Präsident Ben Ali auf, ein Schießverbot für die Sicherheitskräfte zu verhängen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Der gewerkschaftliche Dachverband UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) bekundet in Tunis seine Unterstützung für die Proteste und ruft die Regierung zum Dialog auf. Präsident Ben Ali wirft den Demonstranten in einer Fernsehansprache „terroristische Handlungen“ vor.

10.01.2011
Der Aufstand der Jugendlichen gegen mangelnde Bürgerfreiheiten, Korruption der Mächtigen und fehlende wirtschaftliche wie politische Perspektiven eskaliert. Auch ein Versprechen Ben Alis, in den nächsten zwei Jahren 300.000 Jobs – zusätzlich zu den von der Wirtschaft zugesagten 50.000 Stellen - zu schaffen, kann die Lage nicht beruhigen. Erneut werden Demonstrationsteilnehmer bei Polizeieinsätzen getötet. Nach der erneuten Eskalation lässt das Regime alle Schulen und Universitäten des Landes, die Zentrum vieler Protestaktionen junger Tunesier sind, auf unbestimmte Zeit schließen. Nach Meinung internationaler Beobachter sind die Proteste Ausdruck einer grundsätzlichen Auflehnung gegen die politischen Eliten des Landes.

11.01.2011
Die Proteste gegen Arbeitslosigkeit und die hohen Lebenshaltungskosten haben sich inzwischen zu einer regimekritischen Massenbewegung in zahlreichen Orten des Landes ausgeweitet. In Kasserine und anderen Städten herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Häuser und Geschäfte werden geplündert. Die Orte werden von Polizei und Militär belagert, um die Aufstände unter Kontrolle zu bekommen.

12.01.2011
Nach den wochenlangen schweren Ausschreitungen wächst der Druck auf Staatspräsident Ben Ali. Die gewaltsamen Proteste gegen sein Regime sind trotz massiven Polizeieinsatzes nicht mehr zu stoppen. Zum ersten Mal gehen nun auch über hundert Journalisten auf die Straße und fordern Pressefreiheit. Die Gewerkschaft UGTT ruft zum Generalstreik in mehreren Ortschaften auf. Während die härtesten Auseinandersetzungen mit den meisten Toten bislang im Landesinnern stattfanden, kommt es nun auch in Tunis trotz der verhängten Ausgangssperre zu zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden. Erstmals seit Beginn der Proteste bezieht die Armee auch in der Hauptstadt Stellung. Die Demonstranten fordern die Abdankung des autokratischen Langzeitherrschers. Ein Mann wird erschossen. Das Innenministerium erklärt den Einsatz von Waffengewalt als Mittel zur Selbstverteidigung.
Ben Ali schickt Spezialeinheiten in die Hauptstadt, lässt Demonstranten verhaften und ganze Viertel abriegeln. Medien und das Internet werden zensiert. Als Zeichen des Nachgebens entlässt er andererseits den allgemein verhassten Innenminister Rafik Balhaj Kassem und ersetzt ihn durch Ahmed Friaa, einen als gemäßigt geltenden Politiker. Da sich die Massenproteste insbesondere auch gegen Korruption und Vetternwirtschaft richten, kündigt der Staatschef die Bildung einer Kommission zur Untersuchung der Korruption an, ungeachtet der Tatsache, dass im Zentrum des Geflechts von Begünstigung und Bestechung sein eigener Familienclan mit seiner Frau Leila Trabelsi und seinem Schwiegersohn Sakhr el-Materi stehen. Als weitere Maßnahme zur Beruhigung der Situation ordnet der Präsident zudem die Freilassung aller im Zusammenhang mit den Protesten verhafteten Personen an.

13.01.2011
Die Krawalle, Plünderungen und Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften setzen sich fort. Die Bewohner der Hauptstadt gehen trotz der verhängten Ausgangssperre auf die Straße. Die Zahl der Toten ist laut Angaben der Internationalen Menschenrechtsliga seit Beginn der Unruhen auf 66 gestiegen. Der Präsident verbietet den Sicherheitskräften den Gebrauch scharfer Munition und stellt politische Freiheiten, die Respektierung der Bürgerrechte sowie die Aufhebung der Medien- und Internet-Zensur in Aussicht.

14.01.2011
Trotz der Zugeständnisse des Präsidenten bleibt die Sicherheitslage weiter angespannt. Angesichts der anhaltenden blutigen Proteste tritt Präsident Ben Ali nach 23 Jahren an der Macht zurück und flieht nach Saudi-Arabien. Zuvor verhängt er noch den Ausnahmezustand, löst die Regierung auf und kündigt Neuwahlen an. Premierminister Ghannouchi übernimmt das Präsidentenamt und erklärt, er werde die angekündigten Reformen durchsetzen.

15.01.2011
Einen Tag nachdem Ghannouchi die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, wird Fouad Mebazaa, bisheriger Präsident der Nationalversammlung, als neuer Übergangspräsident vereidigt. Die Umstände des Machtwechsels bleiben unklar. Mebazaa fordert den bisherigen Premierminister Ghannouchi zur Bildung einer Einheitsregierung auf. Das Verfassungsgericht kündigt freie und international überwachte Neuwahlen an. Der Vorsitzende der größten islamistischen – bislang verbotenen – Partei En-Nahda, Scheich Rached Ghannouchi, bereitet seine Rückkehr aus dem Exil in London vor.
Auch nach dem Sturz des Diktators Ben Ali bleibt die Lage im Land instabil. Es herrscht weiterhin der Ausnahmezustand. Immer noch kommt es in weiten Teilen des Landes zu Krawallen und Plünderungen sowie zu Angriffen von Bewaffneten auf die Bevölkerung. Dahinter werden Angehörige des Sicherheitsapparates vermutet. In zahlreichen Stadtvierteln formieren sich Bürgerwehren, wozu die Einheitsgewerkschaft UGTT aufgerufen hatte. Bei einem Gefängnisbrand in Monastir sterben bis zu 60 Häftlinge. Bei einem Aufstand in einer Haftanstalt in Mahdia sterben fünf Menschen. In Tunis ist das Militär aufmarschiert und versucht, öffentliche Gebäude zu schützen und die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Zwischen Sicherheitskräften und Armeeangehörigen gibt es Schießereien. Auch in anderen Teilen des Landes geht das Militär gegen Sicherheitskräfte vor, die Angriffe auf die Bevölkerung und die Infrastruktur verüben.
Einige hohe Funktionäre des alten Regimes, unter ihnen der ehemalige Chef der Nationalgarde, Ali Seriati, sowie der ehemalige Innenminister Rafik Belhaj Kacem werden wegen Bedrohung der staatlichen Sicherheit durch Anstiften zu Gewalt verhaftet. Beide gelten als Hauptverantwortliche für den Repressionsapparat des gestürzten Präsidenten.

17.01.2011
Ghannouchi, der Premierminister bleibt, verkündet eine neue Übergangsregierung, das sogenannte Kabinett der nationalen Einheit. Diesem gehören 24 Mitglieder an, unter ihnen drei Oppositionsführer sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaft. Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung übernimmt der Vorsitzende der Fortschrittlich Demokratischen Partei (Parti Démocratique Progressiste, PDP), der Rechtsanwalt Nejib Chebbi. Das Ressort Gesundheit geht an den Vorsitzenden des Demokratischen Forums für Freiheit und Arbeit (Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés, FDTL), Mustafa Ben Jafaar. Das Bildungsministerium übernimmt der Chef der Erneuerungsbewegung (Mouvement Ettajdid), Ahmed Ibrahim. Die Gewerkschaft UGTT soll mit drei Ministern vertreten sein. Die Chefs der Schlüsselressorts für Auswärtiges, Inneres, Verteidigung und Finanzen sollen im Amt bleiben. Ausgeschlossen bleiben die Kommunisten und die führende islamistische Partei En-Nahda.
Das Land erlebt eine neue Protestwelle. Vor Bekanntgabe der Übergangsregierung hatten Demonstranten in mehreren Städten die Auflösung der ehemaligen Regierungspartei RCD verlangt. Trotz eines Versammlungsverbots ziehen tausende Menschen durch die Straßen von Tunis und fordern eine Nichtbeteiligung von RCD-Mitgliedern am neuen Übergangskabinett. Die Polizei geht mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Protestierenden vor.
Die Übergangsregierung verspricht vollständige Presse- und Informationsfreiheit, die Legalisierung aller Parteien sowie die Freilassung aller politischer Gefangener. Auch die Menschenrechtsliga darf ihre Aktivität im Land wieder aufnehmen. Innerhalb von zwei, spätestens jedoch in sechs Monaten, sollen von internationalen Beobachtern begleitete Neuwahlen stattfinden.

18.01.2011
Einen Tag nach der Bildung der neuen Übergangsregierung kommt es zum Eklat: Drei Gewerkschaftsvertreter sowie ein Oppositionsführer, die in das neue Kabinett des vorläufigen Premierministers Ghannouchi berufen worden waren, erklärten aus Protest gegen die Beteiligung von Ministern des alten Regimes ihren Rücktritt. Offenbar als Reaktion auf die Forderung mehrerer Oppositionsparteien, RCD-Mitglieder aus der neuen Übergangsregierung auszuschließen, verlassen Interimspräsident Mebazaa und der vorläufige Regierungschef Ghannouchi die Partei des aus dem Land vertriebenen Präsidenten Ben Ali. Zudem wird der Ex-Präsident selbst aus der Partei ausgeschlossen. Der Oppositionspolitiker Moncef Marzouki, der gerade aus dem französischen Exil zurückgekehrt ist, kündigt als erster seine Präsidentschaftskandidatur an.
Landesweit protestieren Tausende Menschen gegen die Zusammensetzung der Regierung der nationalen Einheit. Sie fordern den Abzug sämtlicher Minister des alten Regimes.

19.01.2011
In Tunis demonstrieren rund 2.000 Menschen gegen die Übergangsregierung des vorläufigen Premierministers Ghannouchi. Die von Sicherheitskräften eingekreisten Demonstranten fordern in

Sprechchören „ein neues Parlament, eine neue Verfassung und eine neue Republik“. Sie rufen zum „Aufstand“ gegen Vertraute des gestürzten Staatschefs Ben Ali in dem neuen Kabinett auf. Die Polizei setzt Tränengas ein. Trotz der Proteste verkürzt die Regierung die nächtliche Ausgangssperre um zwei Stunden und begründet dies mit einer verbesserten Sicherheitslage. Gleichzeitig ordnet sie die Freilassung von 1.800 Häftlingen an. 33 Familienmitglieder Ben Alis werden festgenommen. Ihnen werden „Verbrechen gegen Tunesien“ vorgeworfen.
Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Ermittlungsverfahren gegen den ins saudi-arabische Exil geflüchteten Ex-Präsidenten und Familienmitglieder. Dabei soll nach illegalen Transaktionen und Anlagen im Ausland gesucht werden. Die Schweiz sperrt Ben Alis Konten und den Zugriff auf Immobilien. Übergangspräsident Mebazaa verspricht in einer Fernsehansprache einen „vollständigen Bruch mit der Vergangenheit“.

20.01.2011
Alle noch amtierenden Minister des alten Regimes, die dem RCD angehörten, treten aus der Partei des gestürzten Präsidenten Ben Ali aus. Die Übergangsregierung hält ihre erste Kabinettssitzung ab. Nach Angaben der Übergangsregierung wurden alle politischen Gefangenen freigelassen.
Die Lage in Tunesien beruhigt sich allmählich.

26.01.2010
Die tunesische Justiz hat am Mittwoch einen internationalen Haftbefehl gegen den Ex-Präsidenten und seine Ehefrau ausgestellt. Laut Justizminister Lazhar Karoui Chebbi wird ihnen die illegale Aneignung von Vermögen und illegaler Devisentransfer ins Ausland vorgeworfen. Ben Ali hatte am 14. Januar die Flucht ergriffen und hält sich seitdem in Saudi-Arabien auf. Wo seine Frau ist, weiß man nicht.

04.02.2011
Die EU friert nach den Konten des Ex-Diktators Ben Ali und seiner Ehefrau auch die von 46 Mitgliedern seines Clans ein.

Anhang 4 - Statistische Angaben zu Tunesiern in Deutschland sowie zu Asylverfahren

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldete Ausländer aus Tunesien Stand 31.01.2011

Von insgesamt 22.973 im Januar 2011 in Deutschland lebenden tunesischen Staatsangehörigen hatten 10.879 eine Niederlassungserlaubnis und 9.574 eine Aufenthaltserlaubnis. Die Anzahl der Ausreisepflichtigen mit Duldung betrug 172, ausreisepflichtig ohne Duldung waren 195 Personen. 77 hatten eine Duldung ohne Ausreisepflicht.

Asylanträge von Tunesiern in Deutschland

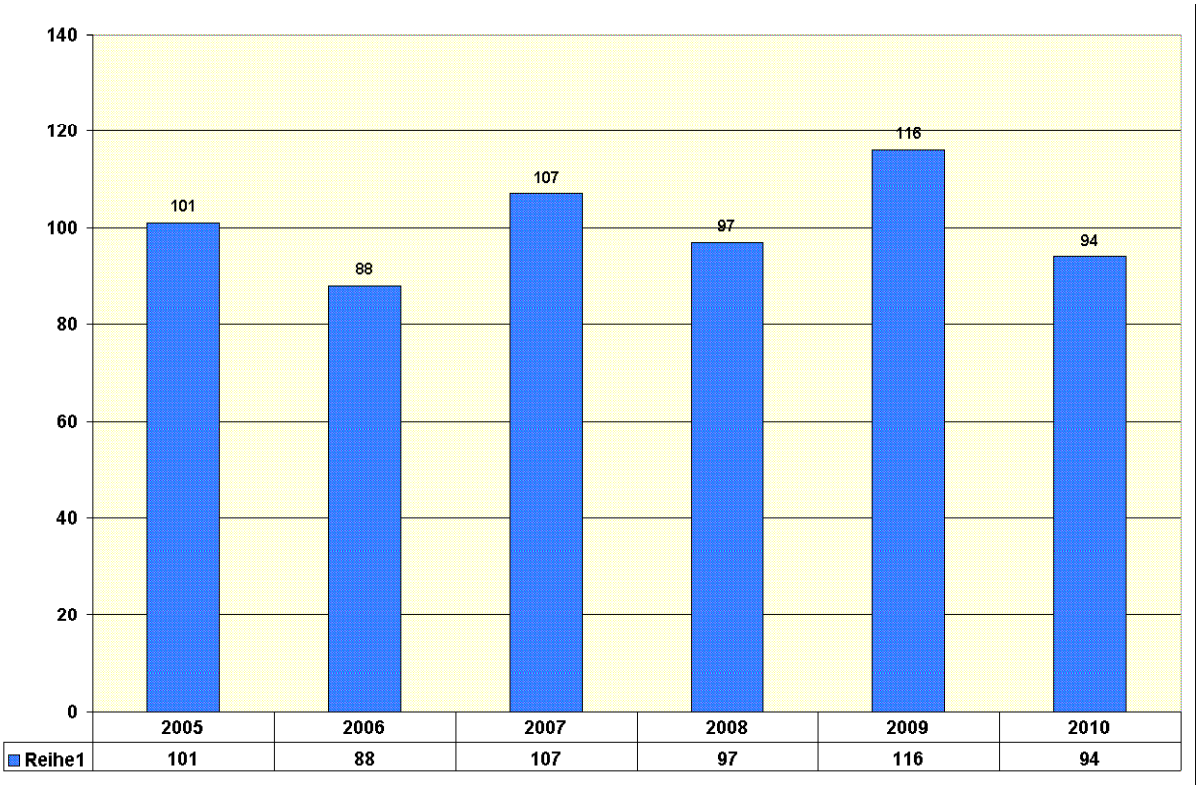
Während im Jahr 2000 insgesamt 287 Tunesier einen Asylantrag stellten (davon 84,0 % Erstanträge), sank die Zahl der Anträge 2007 auf 129 (bei 82,9 % Erstanträgen) und folgte damit dem allgemeinen Trend rückläufiger Antragstellerzahlen. In den Folgejahren lag die Zahl der Erstanträge im Jahr 2008 bei 97, im Jahr 2009 bei 116 und 2010 bei 94 (es nahm 2010 Rang 36 bei den Herkunftsländern ein).

Im Januar 2011 stellten bei den deutschen Behörden lediglich 14 und im Februar 2011 17 tunesische Flüchtlinge einen Erstantrag. Asylentscheidungen zu Tunesien sind beim BAMF seit dem 17.01.2011 bis auf weiteres zurückgestellt.

Die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Art. 16a GG und Familienasyl, Abschiebeschutz nach § 60 Abs. 1 AufenthG und Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG) pendelte zwischen 0 % im Jahr 2007 und einem Höchstwert von 8,2 % im Jahr 2000. Sie lag 2010 bei 3,1 % (2009 bei 0,65; 2008 bei 0,69).

Bei glaubhaftem Sachvortrag, regimefeindlich tätig gewesen oder Mitglied in der verbotenen islamistischen Partei En-Nahda zu sein, konnten Asylbewerber bisher wegen der bei einer Rückkehr nach Tunesien drohenden Folter oder sonstigen unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung mit der Zuerkennung eines Bleiberechts rechnen. Bisher war der Anteil der Antragsteller, die über ihre wahre Identität täuschten bzw. unglaubhafte Angaben machten, bereits relativ hoch.

Die Entwicklung der Zugangszahlen von Antragstellern aus Tunesien im deutschen Asylverfahren (Erstanträge in Personen) stellt sich für den Zeitraum 2005 bis 2010 wie folgt dar:



Profil der Antragsteller

Erstanträge im Jahr 2010	**Summe**	**Männlich**	**Weiblich**
bis unter 16 Jahre	**2**		2
von 16 bis unter 18 Jahre	**4**	4	
von 18 bis unter 25 Jahre	**19**	17	2
von 25 bis unter 30 Jahre	**38**	37	1
von 30 bis unter 35 Jahre	**22**	22	
von 35 bis unter 40 Jahre	**3**	3	
von 40 bis unter 45 Jahre	**2**	2	
von 45 bis unter 50 Jahre	**2**	1	1
von 50 bis unter 55 Jahre	**1**		1
von 60 bis unter 65 Jahre	**1**	1	
Summe	**94**	**87**	**7**

Erstanträge Januar 2011	**Summe**	**Männlich**
von 16 bis unter 18 Jahre	**1**	1
von 18 bis unter 25 Jahre	**2**	2
von 25 bis unter 30 Jahre	**8**	8
von 30 bis unter 35 Jahre	**1**	1
von 35 bis unter 40 Jahre	**1**	1
von 40 bis unter 45 Jahre	**1**	1
Summe	**14**	**14**

Impressum

Herausgeber:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Referat 412
Analyse islamischer Herkunftsländer
Tel.: 0911-943-7201
Fax: 0911-943-7299
Internet: www.bamf.de

Stand: Februar 2011